

Archiv
Verband der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands Bonn
17. Juli 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

0/XIX 133

Bonn, den 16. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 1a Leuchtender Cybergang 10

Zur Erinnerung an den 20. Juli 1944

2 3 Die durchlöcherste Freiheit 15

Kein Rechtsschutz mehr gegen Telefon- und Briefspionage

Das große Podiumsgespräch 25

Nachklang zum CSU-Parteitag

3 Die Nachfolge 49

Zur Wechsel in der sowjetischen Führungsspitze

Von Stephen Thomas,

Leiter des Ostbüros der SPD

Zur Zeit verantwortlich: Albert Kaler

Leuchtender Opfergang

Zur Erinnerung an den 20. Juli 1944

Vor 20 Jahren, am 20. Juli 1944, erreichte der Deutsche Widerstand gegen ein verbrecherisches Regime, das durch seine Kallidlosigkeit und Hybris den Zweiten Weltkrieg heraufbeschworen hatte, seinen tragischen Höhepunkt. Der Versuch, durch die Beseitigung Hitlers des größten Unheil von unserem Volke abzuwehren, scheiterte; die daran beteiligten Männer und Frauen fielen unter dem Fallbeil oder starben eines qualvollen Todes durch Henkers Hand. Die Mordnacht des Dritten Reiches lief auf Nochtouran, sie feierte schauerliche Triumphe. Der Krieg, schon vom Tage an verloren da er begann, ging noch fast ein Jahr weiter. Die Mehrzahl der deutschen Städte fiel unter dem Bombenkagel zu Schutt und Asche und Millionen Soldaten auf allen Fronten versohleng der Tod.

Das Räuberwerk eines grausamen Schicksals erwies sich stärker als der Wille von Einzelmenschen. Über die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes sagte ein Winston Churchill, sie gehören "zu dem Edelsten, was in der politischen Geschichte aller Völker hervorgebracht wurde". Sie kamen aus allen Schichten unseres Volkes, Arbeiter, Bauern und Bürger, Konservative, Liberale und Sozialisten, Katholiken, Protestanten und Freigeister - alle vereint im Aufstand des Gewissens gegen eine Staatsführung, die das Menschen- und Völkerrecht mit Füßen trat, das eigene Volk riefachtete und in Europa für eine "Ordnung" kämpfte, in der es nur noch Herren und Sklaven geben sollte. Die Welt hat manchmal vergessen, daß die ersten Konzentrationslager im Dritten Reich mit deutschen Widerständlern gefüllt wurden. Ihre Stücken mußten vorstunnen, ehe Hitler seine blutige Gewalt Herrschaft über das deutsche Volk und Europa errichten konnte. Den Propagandisten des Dritten Reiches gelang es weitgehend, im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren. Das sollte schwerwiegende Folgen haben.

Der Widerstand in den besetzten Ländern hatte es leichter, er befaßte sich in Übereinstimmung mit seiner eigenen Pflicht; in Deutschland war er verfeht, geächtet und isoliert. Darin besteht seine Tragik, und auch darin, daß er im Ausland während der Kriegsjahre

gründlich verkannt worden war. Das Bestehen auf bedingungslose Kapitulation nahm im jeden Rückhalt. Nicht in Vergessenheit soll auch geraten, das die Verlierer Deutschlands und Europas in den ersten Jahren nach der Machtergreifung im Ausland viele Bekannter kennen. Manche Staatsmänner eilten nach Berlin um zu erfragen, wie man die Arbeitslosigkeit beseitigt und sie lobten eine starke Regierung, wie ein großes Volk an die Kondare nahm. Mächtige versetzten sich in ihrer Verkleinerung zu dem Satz, das deutsche Volk könne sich nie gegen die Kaiserliche Republik überwinden zu lassen.

Die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes ständen allein. Ihr Handeln trieb sie von Handeln. Sie wollten ein Deutschland, in dem Recht und Gesetz Geltung finden. Sie veranschaulichten die Willkür und Despotie. Heute, nach 20 Jahren, heißt sich ihr Opfergang vor dem schauerlichen Hintergrund jener Zeit dass leuchtender als Sie werden. Ein durch ihr an Recht und Gerechtigkeit orientiertes Wollen die verlorene Existenz eines anderen und besseren Deutschlands.

Im Vordergrund an eine neue herauswachsende Generation gibt dieser von Helden, auf dem sie nicht ihr Haupt erhoben haben. Auf ihr ruht die Verpflichtung, eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit zu verhindern. Die zurückgebliebene Zeit hat mit erschreckender Deutlichkeit klargemacht, wofür Volk und Staat sorgen, wenn es nicht genügend verantwortliche Bürger gibt und wenn der Wille fehlt, sich zu engagieren und Stellung zu beziehen auch dann, wenn es unbequem ist.

Die Männer des deutschen Widerstandes besaßen in beispielhafter Weise den Mut, gegen den Terror zu kämpfen und setzen damit ein Beispiel, das sich in die Zukunft der Menschheit wird. Ihre Auffassungen über den neuen Staatsaufbau Deutschlands waren so verschieden, wie ihre gesellschaftliche und religiöse Herkunft. Sie waren sich dennoch zuversichtlich in der Absicht des Bösen und im Ringen um Freiheit und Gerechtigkeit. Sie stellten das Gewissen höher als jeden Befehl. Für sie war der Mensch ein Abbild Gottes, unantastbar in seiner Würde.

Unser Volk kann stolz auf diese Männer und Frauen sein. Sie schlossen sich dem eigenen Volk tiefst verbunden, aber auch sittlichen Werten verpflichtet, die Staat und Volk übergeordnet sind. Diese zu wahren, bleibt den Lebenden und Nachfolgenden kostbares Erbe.

Die durchlöchernte Freiheit

Kein Rechtsschutz mehr gegen Telefon- und Briefspionage ?

Die großen Parlamentsferien haben eine Drucksache in die Schublade des Bundeshauses verbannt, der man wünschen möchte, sie käme dort nur noch einmal heraus, um in dem gesetzgeberischen Papierkorb endgültig zu verschwinden. Wir sprechen von dem in den zuständigen Ausschüssen bereits beratenen Regierungsentwurf für ein Telefonabhörgesetz. Unsere Hoffnung wird wohl nicht erfüllt werden; ganz im Gegenteil: mit geübter Hilfertigkeit wird der zuständige Minister auf dringlicher Weiterbearbeitung bestanden. Um so notwendiger ist es, die von den Verfassungsschützern noch nicht abgesicherten Augen und Ohren offenzuhalten gegen die da heraufziehende Gefahr.

Erinnern wir uns: Am 21. April hatte der Telefon-Ausschuß des Bundestages seinen Bericht an das Plenum über die parlamentarische Untersuchung der Abhörpraxis des Verfassungsschutzamtes verabschiedet. Der Ausschuß forderte das Parlament auf, sich von der Bundesregierung Vorschläge für eine parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste und andere Schutzmaßnahmen gegen Mißbräuche der Verfassungsschützer vorlegen zu lassen.

Bereits einen Tag später - noch bevor der Bundestag die Vorschläge eines Untersuchungsausschusses beraten konnte - billigte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf aus dem Innenministerium zu diesem Komplex. Sollten wir nicht voll des Lobes sein ob solcher schnellen Auftragsausführung? Wer die bisherigen Reaktionen der Bundesregierung auf parlamentarische Untersuchungen noch nicht vergessen hat, kann im Gegenteil nur höchst mißtrauisch sein gegenüber diesem Entwurf. Solche Eilfertigkeit hat erfahrungsgemäß ganz andere Gründe als die einer schnellen und gründlichen Erledigung parlamentarischer Aufträge. Die Erfahrung wird hier neu bestätigt. Unter dem Deckmantel der ertapten Erfüllung einer damals noch gar nicht verabschiedeten Forderung des Bundestages versucht die Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf, dem Parlament die Regelung schwachhaft zu machen, in deren Rahmen sie den Bundesbürgern eines ihrer wichtigsten Rechte will nehmen können: die Möglichkeit, Eingriffe der Behörden in den Privatbereich des einzelnen gerichtlich überprüfen zu lassen.

Der Regierungsentwurf für ein Telefonabhörgesetz sieht Einschränkungen des im Artikel 10 des Grundgesetzes garantierten Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vor. Solche Beschränkungen läßt die Verfassung nur grundsätzlich zu. Sie schafft aber auch einen Ausgleich für diese Beeinträchtigung der Freiheit des einzelnen, indem sie jedem, der "durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt" wird, den Weg zu einem Gericht eröffnet. Kein Bürger braucht sich Behördenmaßnahmen zu ergeben, deren Rechtmäßigkeit ihm nicht in einem ordentlichen Gerichtsverfahren bestätigt worden ist. Damit hat das Grundgesetz die Gerichte zum wichtigsten Freiheitsschützer berufen.

Was Hoeckerl will

Dieses Amt des gerichtlichen Verfassungsschutzes möchte der Bundesinnenminister für sein Verfassungsschutzamt außer Betrieb setzen. Er will das Grundgesetz ändern - warum auch nicht: das ist ja schon bisher durchschnittlich jedes Jahr einmal geschehen, und Gesetze sind zu ändern, wenn sie der Regierung lästig werden. Hoeckerl möchte dem Artikel 10 nur zwei harmlos erscheinende Sätze anhängen:

"Das Gesetz kann bestimmen, daß über Beschränkungen, die zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder

der Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Abwehr oder Verfolgung schwerer Straftaten angeordnet worden, auch den Betroffenen keine Mitteilung gemacht wird, ist die Beschränkung durch Richter angeordnet oder bestätigt worden, so steht dies einer in einem gerichtlichen Verfahren ergangenen Entscheidung gleich."

Sind wir uns klar darüber, was das bedeutet? Der Innenminister will eines unserer wichtigsten Grundrechte, die Freiheit, mit anderen in Briefen und telefonisch Informationen und Meinungen auszutauschen, unkontrolliert beschneiden dürfen. Und das im Namen und zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung! Das wäre einfach lächerlich, wenn es uns nicht so alarmieren müßte. Denn die vorgesehene richterliche Anordnung oder Bestätigung einer solchen staatlichen Brief- oder Telefonspionage ist kein Ersatz für eine gerichtliche Überprüfung dieser Maßnahmen. Weil nicht eine Entscheidung, im Talar und Kamen des Volkes verkündet, aus dem Munde eines Menschen, der Jurisprudenz studiert hat, das wesentliche ist, Rechtskenntnis schützt vor Irrtum und Willkür nicht. Sondern das förmliche Verfahren eines Gerichts mit all den Möglichkeiten, sich gegen die Behauptungen und Argumente der Gegenseite öffentlich zu verteidigen, und der Zwang für das Gericht, in einer öffentlich verkündeten Entscheidung darzulegen, wie es aus den widerstreitenden Aufstellungen der Beteiligten "die Wahrheit" gefunden hat, das macht die Rechtschutzgarantie der gerichtlichen Entscheidung aus. Unsere Freiheit ist in ihrer Substanz nur dann gegen staatliche Willkür gesichert, wenn der, der sie einschränken will, in öffentlicher Auseinandersetzung die besseren Argumente für sein Ansinnen vorlegen kann. Nicht sosehr die in der Rede demonstrierte richterliche Unabhängigkeit als vielmehr die öffentliche Kritik stehhaltende Autorität einer in freiem Verfahren gefundenen überzeugenden Entscheidung kann unsere Freiheit schützen und die Verurteilung eines Freiheitsmißbrauchs rechtfertigen.

Schutz gegen Staatsschutzwillkür

Daß die Staatsschutz- und Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit haben müssen, den Brief- und Telefonverkehr eines wirklich Verdächtigten zu kontrollieren, ist einsichtig. Aber wie soll, wenn Hoecherls altes Gesetz wird, verhindert werden, daß der einzak entscheidende Richter von den vorliegenden Behörden einseitig informiert wird? Jeder, der wie der frühere Amtsrichter Hoecherl - Gerichtssekretär wurde, weiß, daß auch die bestwillige Stellungnahme einer Partei immer nur ein einseitig gefärbtes Bild der wirklichen Sachlage gibt. Der Betroffene muß die Möglichkeit erhalten, sich zu den Behauptungen der Staatsschützer zu äußern; zumindest müßte in das Verfahren eine amtlich bestellte Person einbezogen werden, die gegenüber den Anschuldigungen der Anklagebehörde die Interessen und Rechte des Betroffenen wahrnimmt. Sonst gibt es für eine richterlich gesicherte Behördenwillkür, für staatliche Freiheitsverwaltung kein Hindernis mehr.

Staatsschutzwillkür zum Schutz der freiheitlichen Grundordnung; von dem freiheitlichen Grund bleibt nur die Ordnung noch übrig, wenn dieser Schutz auf Gesetz wird. Wenn Staatsschutz, so wie die Regierung ihn versteht, wichtiger ist als Bürgerfreiheit, wenn der Staat den Schutz unserer Freiheit in die Kompetenz seiner Verwaltung nehmen darf. Kein Staat kann bestehen, dessen Bürger obrigkeitlicher Willkür schutzlos preisgegeben sind (was wäre aber solche staatliche Freiheitsverwaltung anders?) Diese Einsicht ist die einzige Legitimation unserer demokratischen Ordnung. Es gibt für den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder keinen besseren Schutz als die Freiheit des Volkes und jedes einzelnen Bürgers.

Das große Podiumsgespräch

Nachklang zum CDU Parteitag

Mit Stolz bezeichnete Franz Josef Strauß das "Experiment" der CDU-Landesversammlung - eine Diskussion mit Fachleuten in zwölf Arbeitskreisen durchzuführen - als einen Erfolg. In einigen dieser Arbeitskreise kam es tatsächlich zu einer offenen Aussprache, die die CDU bisher nicht kannte. Das Diskussionsbedürfnis, und das war ein geschickter Schachzug, wurde in die Arbeitskreise verlagert, wo keine Entscheidungen zu treffen waren.

Da in vielen Arbeitskreisen Redner zu Worte kamen, die von der Parteimeinung oft wesentlich abwichen, entließ sich dort die Spannung. Der Delegierten wurde es auf diese Weise auch bewußt, daß ihnen das kommende nächste Recht eines Parteitages völlig vorzuziehen würde. Die Rechenschaft über die politische und organisatorische Tätigkeit der Parteileitung zu fordern und politische Entscheidungen zu treffen. So war die eigentliche Delegiertenversammlung lediglich ein Zuhörerkreis für ein großes politisches Podiumsgespräch zwischen Strauß und Brand.

Erstaunlich waren die Äußerungen des CDU-Vorsitzenden über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Vor einiger Zeit hätte er sich an den Reihen seiner Partei noch den Vorwurf einer "Wachstumsverweigerung und Verhinderung des heutigen technischen Zeitgeschehens" und eines "überlebenden Fortschrittsglaubens" angezogen, das wurde nämlich im Jahre 1960 Waldermar von Knorringen von CDU-Abgeordneten vorgelesen. "Der Herr Kollege von Knorringen", so sagte damals der CDU-Abgeordnete und heutige Bundesminister Jerker, "hat einen zu schnellen Sprung nach vorn gemacht, er ist zu schnell in das Atomzeitalter hineingesprungen!" Das ist heute noch ein Beispiel für die Fortschrittlichkeit, die aber ist der CDU zwischen vorgegangen, sie versucht endlich "nachzuappritzen".

Wie auf allen früheren Landesversammlungen der CDU wurde wieder betont, daß sich die Partei in der Offensive befindet. Selbst der leitende Vorsitzende der CDU soll bereits beim Lesen des Programms bemerkend "Donnerwetter" gesagt haben und er wird es meinte er stellvertretende CDU-Vorsitzende Dr. Huber beim Lesen der Eingabe der Arbeitskreise sein "Donnerwetter" wiederholen. Dr. Huber allerdings seiner Bericht über die Arbeitskreise Herrn Daffinos gleich in der Einleitung überreichen können, denn er entsprach keineswegs dem Bild, das sich aufmerksamen Beobachtern geboten hat. Dr. Huber betonte sich als besonderer Irkustes, der die Berichte so zurecht schnitzte, daß sie in das Bett der CDU Propaganda paßten. Das mag parteipolitisch notwendig sein, wie dem vielgeprossenen neuen Stil hat es allerdings nichts zu tun.

Der "Weg in die Zukunft" ist für die CDU noch sehr heilig. Zwischen Theorie und Praxis klafft ein Abgrund, der erst einmal geschlossen werden muß. Was könnte z. B. die "grundsätzlichen Anliegen im Bereich der Gesundheitspolitik", wenn man an die ergebnislose Starrspinnerei der CDU über die Einführung des Mutterpasses denkt und wie will die CDU eine verstärkte Förderung der Bildung und Ausbildung auf dem Lande erreichen, wenn sie noch nicht einmal in der Lage ist, sich z. B. von ihren kleinsten Vorurteilen gegen den Schulbesuch zu befreien?

Eine Partei ist nicht nach den schönen Worten ihrer Kongresse zu urteilen, sondern allein nach ihrer Tätigkeit. In den Parlamenten ist es die Aufgabe, wie sie beweisen muß, wie ihr "Weg in die Zukunft" aussieht. Die CDU ist Rhodus, hier zeigt sie, wie weit sie springen kann!

+ + +

Die Nachfolge

Zum Wechsel in der sowjetischen Führungsspitze
Von Stephan Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD

"Wir werden nicht solche Fehler machen wie Stalin. Er hielt sich für unsterblich. Er tat nichts, um seine Nachfolge zu regeln ..." Mit diesen Worten hat der Pragmatiker Chruschtschow bereits im Jahre 1960 ein Problem angesprochen, das für eine totalitäre Gesellschafts- und Staatsordnung, wie die UdSSR sie repräsentiert, stößt schwere Gefahren aufwirft. Nikita Chruschtschow selbst zwar Zeuge zweier solcher Übergänge die mit schweren Nachtkämpfen, der Herausbildung sich bekämpfender Führungsgruppen, mit Zersetzung und zeitweiser Verfallserscheinungen verbunden waren. Nach Lenins Tod im Jahre 1924 brach ein Nachtkampf aus, der über zehn Jahre dauerte, bis Stalin endlich über alle seine Widersacher gesiegt hatte, deren mächtigster Trotzkiij hieß. Als Stalin starb, waren die Kämpfe nicht weniger heftig.

Mit den jüngsten Umbesetzungen in der sowjetischen Führung verneinzt Chruschtschow, den Weg für einen reibungslosen Übergang zu obenerwähnter nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik in die Zukunft führen soll. Anastas Mikojan, ein Vertrauter Chruschtschows und ein Mann derselben Generation, übernimmt das Amt des Staatschefs, während Leonid Brezchnjew freigestellt wird, um als Nachfolger aufgesucht zu werden und einmal als Partei- und Regierungschef in die Bresche zu springen, wenn es die Situation erfordert. Brezchnjew ist Chruschtschow sehr ergeben. Er gehört zu der sogenannten Zwischengeneration, die sowohl die Übergänge aus der Stalin-Ära mitbringt, wie sie auch Bindungen vieler Mitglieder zu der jungen Generation in der Partei besitzt, die sich ohne allzu starke Belastungen aus der Vergangenheit nach 1953 zur Spitze emporarbeitete.

Aus dieser Konstellation heraus würde Brezchnjew, sollte er sich als Kronprinz durchsetzen und institutionalisieren, versuchen, die Transformation fortzusetzen, die ohne Sprünge und revolutionäre Umwälzungen der Transformationsprozeß weiterführt. Erst wenn einmal das Problem seines Nachfolgers zur Frage stünde, wäre die neue Generation an der Reihe die Dinge in ihrem Sinne zu gestalten; die Generation der Schelewins und Mikojanskis. Die Spannung zwischen den Stalin-Generationen und der unbeeinträchtigten Jugend der Partei könnte, wenn Chruschtschows Pläne in Erfüllung gingen langsam und ohne tiefgreifende Erschütterungen abklingen.

Von der taktischen und strategischen Anlage her sind Chruschtschows Pläne sicherlich klug und durchdacht. Er will das Problem des Übergangs entschärfen, daß die Gesetzmäßigkeit außer Kraft gesetzt wird, wonach Nachfolgefragen in totalitären Gesellschaften stets mit Krisen verbunden sein müssen. Die Frage ist nur, ob so etwas möglich sein kann. Die junge Sowjetgeneration drängt nach schnelleren Veränderungen, die ältere Generation, der die meisten Parteibürokraten entstammen, möchte den Prozeß bremsen. Hier liegen die Ansatzpunkte zu neuen Gruppenbildungen und Kampfkämpfen, die nach einem Ausscheiden des derzeitigen Partei- und Regierungschefs sehr leicht wieder ausbrechen könnten. Die Hoffnung Chruschtschows ist es, seinen Nachfolger Brezchnjew so aufzubauen und mit solcher Autorität auszustatten, daß er das Aufflackern von Diadochenkämpfen erticken kann. Die Zukunft kann erst beweisen, ob diese Rechnung aufgeht. Die bisherige Erfahrung der sowjetischen Geschichte spricht dagegen.